

**Antragsteller/in****Drucksachen-Nr.: - AZ**

Stv. Koster, Ingeborg, SPD

0456/07 - I/182

Beratungsfolge

Gremium	Sitzungsdatum	Abstimmungsergebnis
Magistrat	14.05.2007	
Umwelt-, Verkehrs- und Energieausschuss	24.05.2007	
Bauausschuss	24.05.2007	
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	29.05.2007	
Stadtverordnetenversammlung	05.06.2007	

Betreff:

**Lärmschutzwand Garbenheim
Finanzierung durch eine Photovoltaik-Anlage
Maßnahmen zur Umsetzung
Berichtsauftrag**

Text:

Der Magistrat wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung bis zum 10.09.2007 einen Sachstandsbericht vorzulegen, welche Maßnahmen bis zum heutigen Zeitpunkt zur Umsetzung des Stadtverordnetenbeschlusses DRU 1759/05 - I/628 (Absatz 2) vom 21.09.2005 durchgeführt wurden. Die Auflistung der geprüften Fördermöglichkeiten und deren Ergebnis soll auch die Verhandlungsergebnisse des Magistrates zur Finanzierung einer Lärmschutzwand entlang der B 49 in Garbenheim über das von ihm angeregte "Finanzierungsmodell PPP" enthalten.

Der Magistrat wird weiterhin beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung zu berichten, welche Vereinbarungen nach dem Gespräch mit der parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen in Berlin im Juni 2003 das Land Hessen mit der Stadt Wetzlar getroffen hat zur Durchführung eines Baurechtsverfahrens zur Verbreiterung der B 49 im Bereich Garbenheim in nördlicher Richtung und dem sich anschließenden Bau von Standstreifen.

Wetzlar, den 04.05.2007

gez. Ingeborg Koster

Begründung:

Am 21.09.2005 hat die Stadtverordnetenversammlung das Ergebnis der Machbarkeitsstudie vom 23.03.2005 zum Bauvorhaben "Errichtung einer Lärmschutzwand mit integrierter Photovoltaikanlage an der B49 entlang der Ortslage Garbenheim" zur Kenntnis genommen. Gleichzeitig wurde der Magistrat beauftragt, die in der Studie unter Punkt 4.2 und 5 genannten Fördermöglichkeiten genauer zu ermitteln. Im Nachtragshaushalt 2005 wurden hierfür 30.000 € bereitgestellt.

Den Mitgliedern des Finanzausschusses wurde auf Grund wiederholter Nachfragen von SPD-Ausschussmitgliedern zu den Bemühungen des Magistrates hinsichtlich des oben zitierten Stadtverordnetenbeschlusses mit Schreiben vom 27.06.2006 ein Zwischenbericht vorgelegt. Man erwarte, so die Ausführungen in dem Schreiben, für den Zeitraum Juli 2006 noch nähere, wichtige Informationen und halte daher den Bericht an die Stadtverordnetenversammlung noch zurück.

Zum Teil 2 des Berichtsantrages verweise ich auf den Schriftverkehr aus dem Jahre 2003 zwischen Herrn Oberbürgermeister Dette, der ehemaligen Bundestagsabgeordneten Frau Erika Lotz und Vertretern des Amtes für Straßen- und Verkehrswesen Dillenburg.